

Wolfgang Fritz Haug

## Herr-Knecht-Dialektik in Chimerika<sup>1</sup>

### *1. Marxistisches Vorspiel zu einem welthistorischen Novum*

Diejenigen, für die der Kapitalismus etwas Natürliches ist, sehen allenfalls Gegensätze, Spannungen und Konflikte aller Art in und mit China. Für marxistische Augen ist es spontan ein verstörender Widerspruch, dass eine Kommunistische Partei unterm Banner eines in der Verfassung festgeschriebenen ›sinisierten‹ Marxismus-Leninismus den Kapitalismus »sozusagen ins Land holt« (Zinn 2008, 126), dessen Entwicklung betreibt und sich quasi in dessen halb ideellen, halb realen Gesamtkapitalisten verwandelt. Stellt das nicht die Welt auf den Kopf? War die von Charles Bettelheim 1978 angekündigte »Herrschaft einer Staatsbourgeoisie über die werktätigen Massen« Wirklichkeit geworden? War marxistische Theorie zur von der Konsumwerbung immer weiter an den Rand gedrängten Begleitmusik der kapitalistischen Modernisierung geworden, allmählich aus den Angeln gehoben von der untergründigen Wiederkehr eines zum Geist dieses Kapitalismus gewandelten Konfuzianismus, den der staatlich garantierte Kapitalismus sich als seinen funktionalen Geist assimilierte?

Das »weltgeschichtliche Novum« der Verbindung einer ›kommunistischen‹ Parteidiktatur mit einem nationalen und einem transnationalen Kapitalismus, dem ein Widerspruch innewohnt, der die gesellschaftliche Entwicklung mit einer »schwindelerregenden« Ambivalenz von »Emanzipation und Regression« (Anderson 2010, 23) heimsucht, muss aus der Geschichte des zum Staat gewordenen Marxismus, also aus der kommunistischen Erfahrung des 20. Jahrhunderts insgesamt verstanden werden. Im Anschluss an Perry Anderson hat Wolfram Adolphi jüngst herausgearbeitet, dass die chinesische Revolution schon aufgrund der aktiven Rolle der Bauernschaft einem ganz eigenen Gang folgte (2012) und dass »Chinas Planwirtschaft als dialektische Aufhebung der sowjetischen« verstanden werden kann (2010). »Dialektisch« lässt sich hier auch in dem Sinne verstehen, dass in dieser Entwicklung dem »Spiel der Gegensätze« (Liedman 1986) viel mehr Raum gelassen ist und trotz entscheidender Rolle des Staates der Masseninitiative ungleich größere Bedeutung zukommt. Diese Dialektik hat sowohl am Pol befehlsadministrativer Leitung wie am Pol der Masseninitiative auf je unterschiedliche Weise die Erfahrung des Scheiterns beim Versuch produziert, zu einer sich intensiv, das heißt, auf dem Wege qualitativen Wachstums reproduzierenden modernen Industriegesellschaft überzugehen. Wenn nach der Sowjetunion und ihrem europäischen Lager »selbst in der bevölkerungsstarken und einer autonomen Entwicklung folgenden VR China der Mao-Ära kein ›Großer Sprung‹ über den Kapitalismus

---

1 Thesenförmige Auszüge aus W.F.Haug, *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*, Hamburg 2012, Kap. 10: »Chimerika – das amerikanisch-chinesische Paradox« und Kap. 11: »China und die Welt nach Chimerika«.

hinweg in die sozialistische Zukunft« gelang, dann lässt sich daraus eine allgemeine Erkenntnis ziehen: Marx und Engels hatten Recht mit ihrer These von der »Unabwendbarkeit eines global flächendeckenden Kapitalismus« und vom nur gleichzeitig in den entwickelten Ländern möglichen Übergang zum Sozialismus; dagegen war der »Aufbau des Sozialismus in einem Land [...] misslungen« (Zinn 2008, 124), und die in Russland notgeborene These von seiner Möglichkeit konnte als widerlegt gelten. Diese komplexe Erfahrung, die den chinesischen Kurswechsel von 1978 als eine innerhalb des Marxismus gezogene Schlussfolgerung verstehen lässt, bildete den Nullpunkt der stürmischen Entwicklung des »sinomarxistisch« legitimierten »Sinokapitalismus«. Sofern das Negative, von dem die chinesische Politik sich seit dem Bruch mit dem gleichmacherischen Kommunismus der Volkskommunen immer entschlossener abtiefte, integraler Teil der Marxismusgeschichte ist, muss der »Große Widerspruch China« ebenso als einer *im Marxismus* angenommen werden, wie er auch geeignet ist, dem Marxismus seine eurozentrischen Scheuklappen abzunehmen. Die kapitalistische Revolution-Restauration – muss man von einem chinesischen Thermidor sprechen? – war so nicht geplant, als Deng Xiaoping im Dezember 1978 »den Startschuss für eine Ära der Reformen und der Öffnung nach Außen sowie einer Modernisierung des sozialistischen China« (China Radio 2004) gab. Die Initiatoren der Öffnung wurden von dem Geschehen, das sie ausgelöst hatten, mitgerissen. Zwar wurde der Rückzug aus dem staatlich-befehlsadministrativen Wirtschaften selbst befehlsadministrativ angegangen, doch die stürmische und zum Teil wilde kapitalistische Entwicklung, welche die chinesische Führung unter Deng Xiaoping entfesselt hatte, trug sie weit hinaus über Lenins Wende weg vom Kriegskommunismus zur »Neuen Ökonomischen Politik« (NÖP), bei der die Kommunistische Partei von den »Kommandohöhen« des Staates aus eine »gemischte Wirtschaft« entwickeln sollte, die unterschiedliche Produktionsweisen mit einem Sektor ausländischen Kapitals kombinieren würde. Ins damalige Russland kam das ausländische Kapital nicht, während das transnationale jetzt nach China strömte. Als sich die Nachricht von der Eröffnung ökonomischer »Sonderzonen« im Lande verbreitete, setzte die Landflucht von Millionen und Abermillionen Bauernsöhnen und -töchtern hin zu den neuen Verdienstmöglichkeiten ein. Diese Bewegung wurde zunächst bekämpft. Graduerlich änderte sich die Politik dieser inneren Völkerwanderung gegenüber, bis Kapitalisierung und Entländlichung<sup>2</sup> Hand in Hand gingen. Die Parteiführung versuchte, diese mit der Wucht eines Naturprozesses voranstürmende Verwandlung immer neuer Regionen des riesigen Landes im Sinne eines Übergangs zu einer modernen Industriegesellschaft im Zeichen »Sozialistischer Marktwirtschaft« zu regulieren. Aus diesem Prozess resultierte der Hybrid aus kapitalistischer Struktur und parteikommunistischer Superstruktur, ein Doppelwesen, als das die Volksrepublik China zum Brennpunkt einer Entwicklung wurde, die sich anschickt, das Gesicht des 21. Jahrhunderts auf ganz andere und vielleicht desto nachhaltigere Weise zu prägen als einst die Russische Revolution das Gesicht des 20. Jahrhunderts.

2 Seit Anfang 2012 übersteigt der städtische Bevölkerungsanteil Chinas den ländlichen; und laut einer Mitteilung des chinesischen Wirtschaftsministeriums vom März desselben Jahres hat die Zahl der Nutzer von Mobiltelefonen in China die Milliardengrenze überschritten.

## 2. Globalisierung = Reaganomics + Deng Xiaoping-Ideen?

Im selben geschichtlichen Moment, als im Führungsland des Kapitalismus die neoliberale Wende erfolgte, vollzog das ferne China unter Deng Xiaoping den Bruch mit den Vergesellschaftungsformen eines direkten Weges zum Kommunismus auf vorwiegend bäuerlicher Grundlage. Im selben Zug wurde die Öffnung der Wirtschaft des Landes zum Weltmarkt hin eingeleitet. Waltete hier die mechanisch-zufällige Gleichzeitigkeit von Ereignissen in auseinanderliegenden Erdzonen, die nach geschichtsmaterialistischen Begriffen ›ungleichzeitig‹ waren? Oder reagierte auch die chinesische Führung auf den sich vollziehenden qualitativen Sprung der Produktivkräfte im Kapitalismus? Jedenfalls reagierten die beiden ungleichzeitigen Ereignisse aufeinander in einer Weise, die eine atemberaubende weltgeschichtliche Dialektik in Gang setzte. Dem Rückblick erscheinen die beiden Einschnitte als komplementäre Bewegungen, die in eine paradoxe Symbiose mündeten. Niall Ferguson und Moritz Schularick taufte sie auf den Namen »Chimerica« (2007). Die Symbiosepartner waren extrem gegensätzlich, wie Arm und Reich oder Sparsamkeit und Verschwendung. Gegensätze sind. Zusammengehalten wurden sie dadurch, dass sich die Gegensätze komplementär anordneten. Die Erschließung der ungeheuren Arbeitskräftemassen Chinas bedeuteten fürs internationale Kapital den »größten einzelnen Schub« für die Kapitaleinkommen, und die Anlage der chinesischen Handelsüberschüsse in US-Dollar hatte »den Effekt, die globale risikofreie Zinsrate genau in dem Moment zu senken, als die Kapitalerträge stiegen«. Damit erklären Ferguson und Schularick, was sie die bemerkenswertesten Trends der jüngsten Finanzgeschichte nennen: »rasche Fortschritte bei der Globalisierung der Produktion und das Auftauchen massiver Devisenreserven in den Tresoren der (zumeist asiatischen) Zentralbanken« (228).

Der spanische Journalist Lluís Bassets ließ sich davon zu der Überlegung anregen, in Deng den Meisterschüler von Reagan zu sehen, was die Fähigkeiten des letzteren zu überschätzen scheint. Aber was er über die Wechselwirkung der beiden komplementär-gegensätzlichen Prozesse sagt, hat Hand und Fuß: »Die beiden Revolutionen, die von Reagan und die von Deng, überlagern sich in einem Ausmaß, dass die eine ohne die andere nicht funktioniert hätte. [...] Der chinesische Erfolg ist bis jetzt das verborgene Gesicht der US-Ökonomie gewesen.« (2008) Bassets entgeht freilich die hochtechnologische Produktionsweise als Ausgangspunkt und Resultat des aktuellen, zum ersten Mal unmittelbar welthistorischen Globalisierungsschubs, wenn er diesen auf die Formel bringt: »Globalisierung, das ist Reaganomics + Deng Xiaoping-Ideen.«

Während die chinesische Regierung versuchte, sich die entwicklungspolitischen Instrumente zu sichern, um die einheimische Wirtschaft trotz abgrundtief unterlegener Konkurrenzfähigkeit modernisieren zu können, setzten die USA alles daran, ihr diese Instrumente zu entwenden. Dafür waren die im westlichen Interesse geschaffenen Regeln der Welthandelsorganisation gut, der China beitreten musste, wollte es einigermaßen ungehindert agieren in dem, was ich als Imperium des Hightech-Kapi-

talismus beschreibe, während etwa Solty in diesem Heft kurzerhand von »American Empire« redet, was indes über den Gegensatz von direkter Herrschaft bzw. Imperialismus und Hegemonie der Führungsmacht im Rahmen eines über Aushandlungen geregelten transnationalen Handels- und Kapitalverkehrsraums hinwegsieht. Freilich war die WTO als »Peripherisierungsinstrument« angelegt, das die Hierarchisierung am Weltmarkt in Gestalt von Abhängigkeiten und Wertabschöpfungsverhältnissen nicht zuletzt mittels ›intellektueller Eigentumsrechte‹ zementierte (Fritz 2005). Chinas nach 16-jährigen zähen Verhandlungen erfolgter WTO-Beitritt von 2001 konnte mit seinen harten Bedingungen als notgedrungene »Kapitulation« gegenüber den Forderungen der USA verstanden werden (Cho 2005).

Die dann tatsächlich eintretende Ein- und in vieler Hinsicht auch Unterordnung im Verhältnis zum transnationalen Kapital der kapitalistischen Zentren und zumal zu us-amerikanischen Kapitalinteressen wurde von der chinesischen Regierung strategisch langfristig akzeptiert (Cho 2006). China musste sich fürs Erste mit dem zugewiesenen Platz am unteren Ende der Wertschöpfungskette abfinden. Zu Lasten eines ›Billiglohnlandes‹ kam ihr die spezielle Bedeutung einer Wert-*Abschöpfungs*-kette zu. China würde zunächst seine Massenwaren gegen hochwertige Güter bzw. Hochtechnologieprodukte austauschen, vor allem aber seine menschlichen und natürlichen Ressourcen ausländischem Kapital verfügbar halten müssen. Selbst die Hochtechnologie-Güter, die sich in der Statistik gewaltig ausnahmen und bei deren Export China 2006 an der Weltspitze lag, enthüllten sich bei näherem Hinsehen zunächst nicht nur als in der Mehrzahl Exporte ausländischer Konzerne (2006 zu 88 Prozent; Xing 2010, i), sondern auch weitgehend beschränkt auf subalterne, durch ungelernete Billigarbeit geleistete Montageprodukte u.ä.m. Die Tauschrelationen der respektiven Produkte Chinas und der kapitalistischen Metropolen waren ebenso atemberaubend wie das Verhältnis der jeweiligen Lohnhöhen und das Gefälle zwischen den Produktivkraft-Niveaus. Als Aristoteles in der Nikomachischen Ethik dem Wertausdruck der Waren auf den Grund zu gehen versuchte, war sein Beispiel »fünf Liegen sind ein Haus wert«. Nun hätte er sich den Kopf zerbrechen können über »100 Millionen T-Shirts sind einen Airbus wert«. Dabei war in Rechnung zu stellen, dass dieser Gleichung nicht der Wert (einschließlich Mehrwert), sondern nur der an die chinesischen Produzenten gezahlte Preis zugrunde lag, worin zum Ausdruck kam, dass nur Bruchteile des in ihnen vergegenständlichten Mehrwerts in China realisiert wurden, mindestens vier Fünftel dagegen im ›Westen‹ (vgl. Li 2006). Das und nicht die Währungsrelation war es, was China fürs ausländische Kapital so »unwiderstehlich« (Ferguson 2007) machte.

### 3. Eine Herr-Knecht-Dialektik

Zur Überraschung der Welt erwies sich nun aber, dass das Wesen der Herrschaft wie in Hegels Analyse der Herr-Knecht-Dialektik zum »Verkehrten« dessen wurde, was sie sein wollte, während »die Knechtschaft [...] zum Gegenteil dessen« wurde, was sie unmittelbar war. Die Schwäche, auf die letzten Plätze der Wert(ab)schöp-

fungskette verbannt zu sein und hinnehmen zu müssen, dass der Löwenanteil des im Lande produzierten Mehrwerts im Ausland realisiert würde, verwandelte sich aufgrund der schieren Größenverhältnisse schrittweise, aber unaufhaltsam und am Ende sprunghaft in Stärke. Es war, als ob just solch ›ungleicher Tausch‹ dabei sei, Teile der Industriebasis der privilegierten Länder zu zerstören.<sup>3</sup> Noch ganz anders als Heiner Ganßmann 1982 es an Thatcherismus und Reaganomics abgelesen hatte, kam der ungleiche Tausch für die unmittelbar profitierende Seite, die der anderen das Fell über die Ohren zog, im Resultat einer Deindustrialisierungskampagne gleich. Die Kapazitäten einiger Hochlohnländer mit den USA an der Spitze, die benötigten Güter selbst herzustellen, schrumpften. Ihre Ökonomien nahmen zunehmend postindustrielle Züge an. Während Kapital vieler Länder, zunächst vor allem der USA, im großen Sprung Chinas in den Kapitalismus ein Akkumulationsfeld und zugleich eine Verjüngungskur für seine ermattete Profitrate fand, ging unmerklich geschichtsbildende Kraft auf die ›Knechte‹ über. Ein Indikator waren die als US-Dollarguthaben akkumulierten Leistungsbilanzüberschüsse. Auch wenn zunächst nur wenige Prozent des mit chinesischen Waren in den USA erzielten Umsatzes von chinesischer Seite angeeignet werden konnten, gab die Menge den Ausschlag. Die USA holten sich zwar im Zuge der Dollarabwertung zunächst noch einmal rund 40 Prozent der in Dollar angelegten chinesischen Überschüsse zurück, wie Andre Gunder Frank (2005) bis zuletzt nicht müde wurde zu betonen. Wenn China fortfuhr, trotz des Wertverfalls US-Schatzbriefe zu kaufen, so aufgrund eines der Mysterien, die der Kapitalismus dem gesunden Menschenverstand bietet. Auf den ersten Blick sah es aus wie eine modifizierte Neuauflage der Lage jener kleinasiatischen Städte, die jährlich ihren Geldtribut ans alte Rom entrichten mussten. »Mit diesem Geld kaufte Rom Waren von ihnen und kaufte sie zu teuer. Die Kleinasien prellten die Römer, indem sie den Eroberern einen Teil des Tributs wieder abluchsten auf dem Wege des Handels.« (K I, 177) War es nicht auch in Dollargestalt chinesisches Geld, mit dem die USA chinesische Waren kauften? Das marxsche Beispiel vom römischen Imperium geht so weiter: »Aber dennoch blieben die Kleinasien die Geprellten. Ihre Waren wurden ihnen nach wie vor mit ihrem eignen Gelde gezahlt.« (Ebd.) China lieh den USA Geld, das dabei an Wert verlor, um die Zahlungsfähigkeit dieses seines Schuldners beim Kauf chinesischer Waren aufrechtzuerhalten. Doch im Unterschied zum römisch-kleinasiatischen Beispiel von Marx funktionierte die chinesischemerikanische Symbiose für die chinesische, anfangs so hoffnungslos unterlegene Seite als Akkumulationsregime. Solange das ›periphere‹ China seine Währung an die des imperialen Zentrums band, die zugleich als Weltreservewährung fungierte, blieb das Gefälle der wechselseitigen Produktionspreise erhalten. »Chinesische Preise« wurden zum Schreckenswort zumindest in denjenigen Branchen der kapitalistischen Metropolen und sogar einiger Schwellenländer, die bereits mit chinesischer Konkurrenz rechnen mussten, während sie dem Kapital insgesamt halfen, die Löhne niedrig

3 »Ein Lohngefälle von eins zu zwanzig drängt unter marktradikalen Bedingungen mit ungeheurer Wucht zum Ausgleich und saugt die Arbeitsplätze aus den Hochlohnländern ab.« (Haug 2005, 456)

zu halten. Dabei verschlug es wenig, dass jene unwiderstehliche Konkurrenz nicht selten unter der Herrschaft der »eigenen« transnationalen Konzerne wirkte. Allein in den Jahren 1998 bis 2003 waren den USA in der industriellen Fertigung 3 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, davon 2,7 Millionen seit 2000. Der Gesamtverbrauch nahm zu, während der Anteil der im eigenen Land produzierten Güter an den konsumierten Gütern zwischen 1997 und 2003 von 89,2 Prozent auf 76,5 Prozent abnahm (Bivens 2004, 4ff). In den dreißig Jahren ihrer Blüte wurde diese »chimärische Symbiose« (Ferguson) zum Gravitationszentrum der Weltwirtschaft. In dem Maße, in dem sich die ökonomischen Gewichte zwischen ihren ungleichen Partnern verschoben, vergrößerte sich das weltwirtschaftliche Ungleichgewicht. Die Frage war nur mehr, wie und wann sich diese Spannung entladen würde.

#### 4. Rückwirkungen

Untergeordnete Ökonomien pflegen je nach ökonomischen Kräfteverhältnissen in die transnationalen Produktionsketten eingegliedert zu werden, die an ihrem Ende, das zugleich der herrschende Ausgangspunkt ist, die Vorteile konzentriert. Unter Bedingungen globalisierter Konkurrenz bezahlen den Preis jedoch die Arbeiter *aller* Länder, in diesem Fall die us-amerikanischen oder die europäischen (relativ) nicht viel weniger als die südkoreanischen. In Korea wurden Tausende regulär angestellter Arbeiter entlassen, um dann befristet oder sogar auf Tagesbasis wieder eingestellt zu werden. Im Vergleich zu den Verhältnissen vor der Krise von 1997/98 stieg der Anteil der Irregulären bis 2003 von 42 auf 55 Prozent. Sie mussten sich im Schnitt fast mit der Hälfte des Stundenlohns der Regulären begnügen. Zudem unterstützte der Staat die Entstehung einer riesigen Reservearmee. »Selbst-Unternehmer« mit ihren unbezahlten Familienmitgliedern bildeten rund ein Drittel der Gesamtarbeitskraft des Landes.

Indem China auf eine Weise zur Industriegesellschaft wurde, die dazu beitrug, die imperialen Zentren und selbst Teile der aufsteigenden kapitalistischen Länder dem Zustand »postindustrieller Gesellschaften« anzunähern, waren die Lohnabhängigen der Metropolen, ja der ganzen Welt, im Großen Widerspruch China gefangen. Ihnen winkten chinesische Preise, doch um den Preis zwar nicht chinesischer Löhne, wohl aber eines sinkenden Lohnniveaus, wo nicht gar des Arbeitsplatzverlusts. An die Stelle der tariflich und sozialpolitisch abgesicherten Arbeiterklasse, in die das »sozialdemokratische Zeitalter« das Proletariat der alten Metropolen verwandelt hatte, trat immer mehr das Prekariat, verwandelte Wiederkehr jenes Proletariats, das sich allerdings als solches nicht wusste – zumindest *noch nicht* – und noch weniger sich zu assoziierter Handlungsfähigkeit zusammengenommen hatte. Die Folgen spürten auch all diejenigen Kapitalfraktionen, die sich mangels Weltmarktcompetenz binnenwirtschaftlich halten mussten. Gerade noch hatten sie die Löhne ihrer Leute gedrückt, da drückte sie schon die Folgewirkung, die Verwandlung wachsender Bevölkerungsteile »aus Käufern in Nicht-Käufer« (Marx, *K I*, 463) oder genauer: aus konsumistisch gestimmten Kauflustigen in Wenig-Käufer, denen es nur mit knapper Not bis zum Monatsende reichte. Wie in Südkorea brachte diese

Rückwirkung auch den kapitalistischen Zentren den Einbruch innerer Märkte, zunächst der Immobilien- und PKW-Märkte. Bestenfalls herrschte Stagnation. Dies war die andere Seite des Großen Widerspruchs China. Sie erklärte zum Beispiel, wie es möglich war, dass im Lande des Exportweltmeisters Deutschland die Arbeitslosigkeit seit der Krise des Fordismus wuchs und das Land binnenwirtschaftlich zum »Kranken Mann Europas« wurde, wie man damals sagte, während die Arbeitskosten sanken und die Konkurrenzfähigkeit zu Lasten anderer EU-Länder stieg.

In den USA verdichteten sich diese Widersprüche besonders intensiv. Die Armen kamen an billige Güter, die Reichen an die in steigende Kapitalerträge verwandelte Mehrarbeit der ›Billiglohn‹-Länder. Das Kreditsystem und die Position des ›Weltkonsumenten letzter Instanz‹ taten ein Übriges. Als Mitte 2004 die Konjunktur so gefestigt war, dass die Fed den Leitzins wieder anheben konnte, blieben »die langfristigen Zinsen unten«, und die Immobilienhaushalte setzte sich fort (Fehr 2008). An die Arbeiterhaushalte drängte der Kredit heran. Mit ihm stand der künftige Lohnabzug ins Haus, denn die Arbeiterklasse, deren qualifiziertere Teile in den USA zu den »Mittelklassen« gerechnet werden, schuldete dem Kapital in der Folge immer schon erst noch zu leistende Arbeit. Sie aß ihre Zukunft auf. Aber noch aß sie, auch wenn sie sich zunehmend ›arm arbeitete‹. Die Empörung der durch die Globalisierung in Lohn und sozialen Errungenschaften herabgestuften Arbeiterklasse verlor durch diese »gespaltene Situation« (Arrighi 2006) an Rückhalt.

In China konzentrierte sich derweil ein riesiger Sektor taylorisierter Montagearbeit in dem Maße, in dem diese in den entwickelten kapitalistischen Ländern und selbst einigen Schwellenländern schwand. Die Konkurrenz von billiger Arbeitskraft mit relativ teureren arbeitssparenden Maschinen verlangsamte nun aber den technischen Fortschritt. Andererseits war die wissenschaftlich-technische Aufholjagd in China angelaufen, nicht zuletzt dank eines – wenn auch bescheidenen (siehe Xing 2010, 8ff) – Technologietransfers in Gemeinschaftsunternehmen, vor allem aber zunehmend forciert durch enorme staatliche Investitionen in Natur- und Technowissenschaften sowie Ingenieursausbildung. Im Gegenzug würden die kapitalistischen Metropolen und die in ihnen ansässigen transnationalen Konzerne sich zu immer neuen Anstrengungen gezwungen sehen, um ihren ständig schwindenden technologischen Vorsprung ebenso ständig zu erneuern und ihre ›Informationsrenten‹ nicht zu verspielen. Zugleich blockiert das Überangebot billiger Arbeitskraft die klassische Innovationsrichtung der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit durch weiterentwickelte Maschinerie. Dieser Widerspruch zwischen Erzwingung bei gleichzeitiger Blockierung der Produktivkraftentwicklung suchte seine Bewegungsform in deren qualitativer Richtungsänderung hin zu mehr Erschließung weiterer Naturkräfte und qualitativ neuer Güter bei gleichzeitiger Befestigung der Institution der ›intellektuellen Eigentumsrechte‹.

Was nun die Rückwirkung auf die Verhältnisse in China betraf, so schien die praktizierte Politik in vielem das programmatische Ziel, den Kapitalismus für die Modernisierung einzuspannen und dabei eine Art sozialdemokratisches Modell anzustreben, zu dementieren. In der unmittelbaren Praxis modernisierte sich China zunächst weder sozial noch demokratisch, sondern auf dem Wege eines wilden Kapi-



talismus unter dem rigiden Panzer der Staatsgewalt. Partei- und Staatsmacht waren aufgrund des Mangels an rechtsstaatlicher Eingrenzung und öffentlicher Kontrolle durch unabhängige Medien ihrerseits der Korruption ausgesetzt. Der Grund ist leicht einzusehen. Gerade der direkte, durch keine unabhängigen Zwischeninstanzen vermittelte oder kontrollierte Durchgriff der Staatsmacht auf die Gesellschaft war es, auf dessen Bahn die potenteren Akteure unter Ausschluss der Öffentlichkeit in umgekehrter Richtung zu wirken vermochten. Insgesamt musste die absolute Staatsmacht mit dem entfesselten Geld um die Position des *nervus rerum* (KI, 145), des großen Verknüpfers von Menschen und Dingen konkurrieren, und in der Masse blieb das Geld mächtiger, während die Politik sich damit begnügte, einzelne Exempel zu statuieren. Der staatliche Absolutismus konnte vor Ort jederzeit umschlagen in den Relativismus des in der DDR einst »Vitamin B« genannten, mit monetären oder anderen Zuwendungen unterhaltenen Beziehungswesens. Wie eh und je zersetzte das Geld die Elemente des Gemeinwesens. Mit dem Geld griff das Unrecht Platz. Was dem Geld im Wege stand, beseitigte es teils mit dem Magnetismus des Verlangens nach dem »gesellschaftlichen Unterpfeiler« (KI, 145), teils mit dessen Umsetzung in gekaufte Gewalt, sei es private, sei es staatliche. Indem die Kommunistische Partei dagegen ankämpfte, kämpfte sie zugleich gegen sich selbst. Zeitweilig sah es so aus, als hätte sie sich verdoppelt, einerseits in einen kollektiven Bürgerkönig, dessen »Bereichert euch!« allgegenwärtig über der Szene schwebte, andererseits in den Geist der von jenem vertriebenen Moral, die den Verzicht auf den Einsatz asozialer Mittel und das Ausspielen der vom großen Geld verliehenen Macht predigte. An Loyalität und Pflichtbewusstheit gegenüber Programm und Gesetz, diesen Daseinsbedingungen von Partei und Staat, zehrte so die Korrosion, und die private Variante der Privatisierungspolitik, nämlich sich selbst zu bedienen, drohte zur Devise zu werden, wo einst »dem Volke dienen« gegolten hatte. Die Regierung versuchte, dem gegenzusteuern und zugleich die Wendung hin zu einer sozial gerechteren und die Umweltzerstörung eindämmenden Politik zu vollziehen. Die Gesetzgebung eilte den Zerstörungen hinterher und doch zugleich den Verhältnissen voraus.

Wenn in den Armutszonen die Geschichte sich als Abwanderung in die ferne Lohnarbeit bemerkbar machte und ansonsten noch immer stillzustehen schien, brodelte sie in den aus dem Boden schießenden Großstädten und den Industriezonen desto gewaltiger. Hier schlug die Universalisierung der Konkurrenz, die der Neoliberalismus entfesselt und die Chinas Eintritt in den Weltmarkt verschärft hatte, ins Innere der Gesellschaft zurück. Als flüchteten die Menschen noch immer vor der ehemaligen Kollektivität, stürzten die in den Aufstiegssoß Gerissenen sich in die Privatisierung aller Beziehungen. Als Folge der sozialen Atomisierung legte sich der Nationalismus auf die Lauer als dumpfe, gegen Fremde stiftende Ersatzgemeinschaft der voneinander Isolierten.

Wie überall traf die Umwälzung auch in China die Geschlechter ungleich. Im Zuge des Vordringens kapitalistischer Produktionsverhältnisse traten alte Gewohnheiten der Frauenunterdrückung wieder hervor, und neue sexistische Formen der Degradation des weiblichen Körpers entwickelten sich. Doch die Entwicklung war widersprüchlich:



Durchaus auch als Emanzipation, doch zugleich durchkreuzt von Überausbeutung, geschah es, dass Millionen junger Frauen vom Land in Lohnarbeitsverhältnisse kamen, zwar im »Ausschweißungssystem« (Marx, *K I*, 577) der Maquiladoras, aber doch auf eigene Füße gestellt und eigenes Geld verdienend. Durch sexuierten Sortiermechanismus nach Arbeitsarten schuf es zunächst neue Ungleichheit nach westlichem Muster. Insgesamt verdienten Frauen weniger, trugen größere Verantwortung für Reproduktionsarbeit (Wichterich 2006), waren ungleich betroffen bei Umsiedlungsprojekten (Gransow 2006) und drohten so zu den großen Verliererinnen der kapitalistischen Modernisierung zu werden. Eine Politik, welche die zuvor über Jahrzehnte praktizierte Gleichstellung nicht blind aufgeben wollte, durfte die aus dem Ahnenkult herausgewachsenen konfuzianischen Grundlagen (vgl. Gransow 2006; Hong 2006; Wichterich 2006; Dieckmann 2012) der traditionellen chinesischen Gesellschaft auf keinen Fall rehabilitieren, ohne die Dimension der Geschlechtergerechtigkeit in sie einzuschreiben. Die Frauenbewegung aber, die sich als Antwort entwickelte, geriet zum Teil in den ideologischen Bannkreis westlicher Feminismen, deren Selektion die Ford Foundation durch gezielte Subventionen beeinflusste (Spakowski 2006). Die Veränderungen im Leben der vom Land in die Stadt ausgewanderten Frauen dürften von nachhaltiger Wirkung auf die gesamte Gesellschaft sein. Diese Frauen erfahren die »Befreiung« von überkommenen »Verpflichtungen«: Sie »suchen sich mit größerer Wahrscheinlichkeit ihren Ehemann selbst aus, heiraten später, wollen weniger Kinder, gebären in einem Krankenhaus« – und nicht, wie es die Tradition verlangt, in der Wohnung der Schwiegereltern, womit der Anspruch der Familie des Mannes auf den Nachwuchs symbolisiert war –, »wollen Gleichberechtigung in der Ehe und halten die Scheidung für eine akzeptable Möglichkeit« (Chang 2010, 224).

Den Lohnarbeitenden insgesamt aber, obgleich 2009 schwer geschlagen durch die Große Krise, kam, wo immer sie knapp wurden, die Konkurrenz der Unternehmen zugute. In den Regionen, wo die Weltmarktproduktion auf Hochtouren lief, begannen die Löhne zu steigen. Vor allem entwickelte sich das Selbstbewusstsein der jungen Arbeiterklasse und machte sich in Kämpfen um Lohn, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit geltend, angekündigt und verstärkt durch sich häufende Akte demonstrativer Selbstverstümmelung und -tötung. Kampferfolge wie die der Streikwelle junger Arbeiter im Frühjahr 2010 im Honda-Werk von Foshan (Guangdong) sprachen zunehmend gegen die unter westlichen Linken anzutreffende »Gewohnheit, die chinesische Arbeiterklasse mehr als Opfer der Reform denn als Akteur der Veränderung« abzubilden (Pringle 2011). Das Billiglohnland wurde zum Schauplatz von Lohnerhöhungen und einer sich in abertausenden von vorerst noch unverbundenen Arbeitskämpfen herausbildenden neuen Arbeiterbewegung.

### 5. Chimerika in der Krise

Als im Moment der Großen Krise der Welthandel einbrach und mit ihm der chinesische Export in die USA, waren »die Grundannahmen des ›Chimerika‹-Modells in Frage gestellt« (Wolf 2009). Zehntausende chinesischer Fabriken mussten schließen,

Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter fanden sich auf der Straße wieder und strebten zurück in ihre Heimatdörfer. Die Regierung setzte alles daran, die Nachfragerlücke durch Staatsaufträge wenn nicht zu schließen, so doch entschieden zu verringern, und brachte ein gewaltiges Programm der Infrastrukturentwicklung und der Ausweitung des Binnenmarktes auf den Weg (vgl. Heberer in diesem Heft).

Was in den USA, politisch vielfach durchkreuzt, verwässert und von der Bankenrettung auf den zweiten Platz verwiesen, nicht funktionierte, hier in China brachte der ›keynesianische‹ Staatseingriff den gewünschten Erfolg. Er funktionierte nicht nur aufgrund der Devisenreserven und eines Infrastrukturbedarfs, der Investitionen in diesen Bereich gesamtwirtschaftlich produktiv machte (Harvey 2009), sondern auch dank der »zentralisierten staatsfinanziellen Architektur« (Meyerson/Roberto 2009, 59). Hier kam das Paradox zum Tragen, dass eine kommunistische Partei die kapitalistische Entwicklung des Landes leitete. In der Krise zeigte ihre staatsbetonte und bei allen Schrecken der primären Akkumulation im Ganzen letztlich doch sozialorientierte Betriebsweise des Kapitalismus sich der markt- und privatorientierten westlichen Betriebsweise überlegen, wie Karl Georg Zinn schon 2008 vermutet hatte.

Wenn Chinas Aufstieg von den USA schon lange misstrauisch beäugt wurde und manche Auguren den künftigen Rivalen im Ringen um globale Hegemonie – die sie als Vorherrschaft oder sogar Herrschaft schlechthin verstanden –, womöglich als militärisch irgendwann niederzuwerfenden Feind sahen, erschien dieses Land vom Standpunkt des Wieder-in-Gang-Setzens und der Aufrechterhaltung des Kapitalismus vielen nicht mehr als das Problem, sondern als die Lösung. Obgleich die Krise auch in Ländern wie China, Indien oder Vietnam hart zugeschlagen hatte und obwohl auf jede Million neuer us-amerikanischer Arbeitsloser allein in China an die zehnmal so viele kamen, erhoffte sich so mancher Exponent der alten kapitalistischen Zentren Abhilfe durch weiterhin positive Wachstumsraten in Asien (so Sachs 2009). Diese Erwartung ging vor allem für Länder in Erfüllung, die wie die Bundesrepublik ihre industriellen Kapazitäten bewahrt und modernisiert hatten. China wurde ihr Akkumulationsmekka. Nun trafen etwa in Gestalt von China und Deutschland zwei Exportländer mit Außenhandelsüberschüssen aufeinander, deren industrielle Kapazitäten und ökonomische Interessen in diesem geschichtlichen Übergangsstadium, das zehn, vielleicht zwanzig Jahre dauern mochte, sich überwiegend ergänzten. Es wäre nicht der auf Dauer unhaltbare Austausch zwischen einem Überkonsumenten und einem Überproduzenten. Ihre Beziehung würde mithin weniger destabilisierend auf die Welthandels- und Finanzverhältnisse wirken.

Doch was würde aus Chimerika in dieser Perspektive? Die Erfinder und Taufpaten dieses virtuellen Landes hielten es innerhalb der nicht viel mehr als drei Jahre, in denen ihre Worterfindung Wellen schlug, wie der Hahn auf dem Mist, dessen Krähen bekanntlich anzeigt, dass »sich das Wetter ändert oder bleibt, wie's ist«. Am Vorabend der Großen Krise versicherte Ferguson, die Beziehung zwischen den USA und China sei nicht im Ungleichgewicht, und was seien »bloße Regenschauer verglichen mit dem Jahrhundertssommer der chinesisch-amerikanischen Symbiose«.

Ein Jahr später bildete für ihn das Ungleichgewicht den Brennpunkt der Krise, und Chimerika, »die Partnerschaft zwischen dem großen Sparer und dem großen Verschwender«, galt als Schlüssel für ihre behutsame Entschärfung. Wiederum zwei Jahre später erklärten Ferguson und Schularick die Auflösung Chimerikas für »indispensabel«. Doch das war voreilig. Die beiden größten Nationalökonomien der Welt blieben aufeinander verwiesen und miteinander verschränkt. Was sich veränderte, waren die Kräfteverhältnisse, die sich zugunsten Chinas verschoben. Mit ihnen relativierte sich die Abhängigkeit Chinas vom Export in die USA. Noch immer investierte China in den Dollar. Doch zugleich entwickelte es seine eigene Währung zu einer dritten Welt-Reservewährung. Der Teil des in Yuan abgewickelten Außenhandels nahm zu und erste Stützpunkte eines internationalen Finanzmarkts bildeten sich. Was bereits vor der Großen Krise als Herausbildung von »Strukturen eines Weltmarkts unterhalb des Weltmarkts« beschrieben werden konnte (Haug 2006, 515), hatte sich inzwischen zu einem Wachstumsfeld entwickelt, das von der Rezession der alten kapitalistischen Zentren abstach, sich zunehmend eigene internationale Institutionen schuf und wechselseitigen Handel und Investitionen in den Landeswährungen ohne Dazwischenkunft des Dollars abzuwickeln begann. Diese Tendenz gipfelte auf dem BRICS-Treffen von Delhi im März 2012 in dem Projekt einer eigenen internationalen Entwicklungsbank, um das Monopol der westlich dominierten – und traditionell der Dominanz des Westens dienenden – Institutionen Weltbank und IWF zu brechen und damit die Abhängigkeit vom Dollar weiter zu relativieren.

Damit würde sich auch Chimerika allmählich auflösen, dessen Bindeglied der faktische Währungsverbund des Yuan mit der Welt-Reservewährung war. Beiden Ländern hatte dieser Verbund als Wachstumsdroge gedient, wovon das – linear gesehen – benachteiligte China widerstandslos seine langfristige Kraft bezogen hatte, während die USA ihren überwältigend wirkenden Vorteil in eine Schwäche verwandelt hatten, die es ihnen schwer machte, wieder auf eigene Beine zu kommen. Dreißig Jahre lang schienen die Vereinigten Staaten dem Ideal eines Landes nachzueifern, das »nur kauft, ohne zu verkaufen, also auch nur konsumiert, ohne zu produzieren« (*K I*, 176). Ihr Überkonsum löste für so unterschiedliche Exportökonomien wie die chinesische und die deutsche das Akkumulationsproblem. Sie waren der vielberedete »Konsument letzter Instanz«, ein lasterhafter Wohltäter des Weltkapitalismus, der für sich und alle andern durch Verschuldung das luxemburgsche Akkumulationsproblem löste, durch eine Politik der Kreditverbilligung sich und seiner Bevölkerung die Verschuldung erleichterte und die Krise durch die immer weitere Dehnung der Kreditkette hinausschob bis zu dem Punkt, an dem sie riss und jenen in den Genen des Kapitalismus angelegten Sachverhalt zu Tage treten ließ, für den Marx den Begriff der »Überakkumulation von Kapital« geprägt hat – mit der fürs Erste unvermeidlichen Folge »unbeschäftigten Kapitals auf der einen und unbeschäftigter Arbeiterbevölkerung auf der andren Seite« (*K III*, 261). Damit war eine Epoche zu Ende gegangen, und die Frage nach der Aushandlung der Weltordnungsverhältnisse stellte sich neu.

## 6. Nachspiel: Reindustrialisierung als Sinisierung im Westen

Der chilenische Schriftsteller Jorge Edwards überliefert den Ausspruch einer »chinesischen Autoritätsperson« (2012), der zeigt, wie man die Situation von Chile aus von chinesischem Standpunkt sehen konnte. Am Rande einer Botschafterrunde über die europäische Krise hatte jener Ungenannte ihm zugeraunt: »Kein Wunder, dass es eine Krise gibt, wenn man nur fünf Tage pro sieben Stunden in der Woche arbeitet.« Ob die ungenannte Autorität wusste, was sie da sagte? Man hätte ihr erwidern können, es sei kein Wunder, dass China vom Export abhängig sei, wenn man dort zu Hungerlöhnen bis zu sechzig Stunden an sechs, womöglich sieben Tagen die Woche arbeite. Offenkundig wäre das unsinnig. Herrschten in Europa und in den USA chinesische Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und Löhne, gäbe es, abgesehen von möglicher Kundennähe, fürs westliche Kapital keinen Grund, nach China zu wandern. Umgekehrt hätte China mit westlichem Lohn- und Sozialniveau keinen Fuß auf den Boden des Weltmarkts bekommen. Dennoch war die Bemerkung jener Autoritätsperson nicht ganz aus der Welt. Zwar müsste irgendeine Wirtschaftseinheit, »um z.B. mit China konkurrieren zu können, nicht so lang arbeiten wie die Chinesen oder die Löhne auf chinesisches Niveau senken, sondern weiterhin eine höhere Produktivität als sie erreichen, dank besserer Arbeitsorganisation, einem größeren Einsatz von Kapital und Technologie und qualitativ besserer Erziehung und Ausbildung« (de la Dehesa 2007). Doch China akkumulierte technologisches Wissen, Bildungsniveau und Produktivität, und bald, verstärkt durch die Krise, fielen den steigenden chinesischen Löhnen die us-amerikanischen entgegen, wenn auch aus großem Abstand. Die europäischen Lohnniveaus taten es ihnen nach, katastrophal in den europäischen Peripherieländern. Beiderseits des Atlantiks wurden die sozialen Sicherungssysteme geschwächt. In den USA wurde selbst die Sozialversicherung (»Social Security«) im Zuge der von Obama mit der Rechten geschlossenen Notkompromisse von einer garantierten staatlichen Einrichtung zu einem jener Regierungsprogramme uminterpretiert, die bei den Etatverhandlungen regelmäßig als mögliche Kürzungsposten auf den Tisch kommen.

Im Führungsland des westlichen Kapitalismus stellte sich das Problem als das einer bereits weitgehend »postindustriellen« Gesellschaft, die zunehmend auf Pump lebte. Allein seit 2001 hatten die USA nach Angaben des Quarterly Census 54600 Fabriken und fünf Millionen Industriearbeitsplätze an Billiglohnländer verloren, deren Waren und Dienstleistungen sie zu einem beträchtlichen Teil auf Kredit bezogen, also die Rechnungen als Schulden akkumulierten. Ein Zweig dieses Kreditwesens war zusammengebrochen und hatte um ein Haar das Weltfinanzsystem mit sich in den Abgrund gerissen, ja in ihrem fünften Jahr drohte die Krise schon wieder und noch immer damit. Dieses System konnte nicht dauern. Die USA mussten ihre Stellung in der Weltwirtschaft neu ausrichten. Sie mussten den Entindustrialisierungstrend umkehren. Verkürzt gesagt, mussten sie im Verhältnis zu China die Konkurrenzfähigkeit als Kapitalstandort zurückgewinnen. Wenn allein dieses Unterfangen schon aussichtslos schien, so waren dem Reformpräsidenten, für den an der Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit die Wiederwahl hing, die Hände gebunden. Die republikanische Kongressmehrheit verweigerte Obama die Waffen gegen Arbeitslosigkeit, da ihr die Arbeitslosigkeit als Waffe gegen Obama diene.

Nun endete das Jahr 2011 mit Vorzeichen eines industriellen Wiederaufstehens (»Resurgence«) der USA (Sirkin u.a. 2011, 3). Als Anzeichen dafür konnte die Rückkehr von Industriekapital in die USA verstanden werden. Das Manager-Magazin kündigte sie überschäumend an unter dem Titel »USA werden zum China des Westens« (Gärtner 2011). Grundlage war vor allem die Studie einer Consulting-Firma aus Boston, die für 2015 eine zumindest ausgeglichene Kosten-Nutzen-Balance us-amerikanischer Standorte im Vergleich zu chinesischen prognostiziert (Sirkin u.a. 2011). Damit würde sich der Trend umkehren. Als wichtigster Grund für eine sich anbahnende Wende galten kräftige Produktivitätszuwächse bei schrumpfenden Reallöhnen. Letztere waren allein in den 12 Monaten bis November 2011 um 1,2 Prozent zurückgegangen. Zwischen Juni 2009 – dem offiziellen Ende der Großen Rezession – und dem Juni 2011 waren sie insgesamt um 6,7 Prozent gefallen (Gärtner 2011; von hier auch die folgenden Angaben). Demnach hatte sich der schleichende relative Verarmungsprozess der Industriearbeiterschaft seit Ausbruch der Großen Krise beschleunigt. Die Erfolgsmeldung, die US-Arbeitskraft, die *work force*, werde »zunehmend flexibel« (Sirkin u.a. 2011, 3), spiegelte die Verschlechterung ihrer Verhandlungsmacht am Arbeitsmarkt, die — ganz von fern — der Mobilität chinesischer Wanderarbeiter zu ähneln begann. Zum einen wurde dieser Prozess über Auslagerung an Zulieferfirmen vorangetrieben; so vergab etwa Ford in Dearborn oder General Motors in Lake Orion, beide bei Detroit, Aufträge für Reparaturen und Instandhaltung nur noch an Vertragsfirmen, bei denen die Stundenlöhne zehn Dollar (ohne Zuschläge) betragen. Das VW-Werk in Chattanooga, Tennessee, zahlte mit 15 Dollar je Stunde die niedrigsten Einstandslöhne im Land und erhielt dennoch für die ersten 1500 ausgeschriebenen Stellen 35 000 Bewerbungen, u.a. von Arbeitern, die früher in Michigan bei General Motors 28 Dollar die Stunde verdient hatten, also außer der Lohnherabstufung auf die Hälfte auch eine Migration von tausend Kilometern gen Süden auf sich nehmen mussten.

Wenn es daher hieß, seit der Finanzkrise würden die USA mit wachsendem Tempo Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen, so lag dem stillschweigend der (die Gesamtkosten berücksichtigende) Vergleich mit den chinesischen Löhnen zugrunde. Betrug chinesische Durchschnittslöhne um 2000 noch ca. drei Prozent der us-amerikanischen, so Ende 2011 bereits knapp zehn Prozent, und für 2015 ließen sich 17 Prozent extrapolieren (Sirkin u.a. 2011). Bei geringem Arbeitskostenanteil am Produktenwert reduzierte sich der weiter bestehende Lohnvorteil chinesischer Standorte für transnationales Kapital auf einen einstelligen Wert. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) rechnete Ende 2010 vor, »der Anteil der Lohnkosten am iPhone, dessen Zutaten zu 34 Prozent aus Japan und zu 17 Prozent aus Deutschland kommen (Infineon), betrage weniger als 3,6 Prozent. Schon vor einem Jahr hätte demnach laut der ADB die komplette Verlagerung der Endmontage des iPhones von Südchina in die USA einen leicht zu verkräftenden Effekt gehabt. Die Brutto-

Gewinnmarge von Apple wäre von 62 Prozent auf 50 Prozent gesunken« (Gärtner 2011). Nahm man die mit dem Ölpreis steigenden Transportkosten, den sich verteuerten Boden und die steigenden Sozial- und Umweltstandards in China hinzu, dazu die fehlende Nähe zum US-Markt und damit die Möglichkeit, schneller auf Kundenwünsche reagieren oder erschöpfte Lagerbestände auffüllen zu können, würde der Kostenvorteil zusammenschmelzen. Freilich deutete der letzte der genannten Posten bereits die Einschränkung an. Diese Rechnung hielt nur für Lieferungen nach Nordamerika stand, nicht aber für solche nach Europa oder Asien, für die China eine bedeutende »Exportplattform« bleiben würde, sodass eine teilweise Reindustrialisierung der USA Chinas Rolle als »globale Fabrikmacht« nicht beeinträchtigen musste (13).

Im Zuge dieser Entwicklung und im Visier der Profitorientierung tauchte überraschend für US-Bundesstaaten eine Bezeichnung auf, wie man sie bisher nur für China, Vietnam, Thailand und ähnliche »Schwellenländer« kannte: Billiglohnländer. In dem Maße, in dem US-Bundesstaaten derart zu einem »China des Westens« wurden, erhöhte sich der Konkurrenzdruck auf den Westen insgesamt. In der Tendenz würden dann nicht nur die USA zum »China des Westens«, sondern der Westen würde zu seinem eigenen China werden wie auf der anderen Seite China zu seinem eigenen Westen. Die Formel von Hu Angang, »Ein China — vier Welten«,<sup>4</sup> würde sich, modifiziert, auf den Westen anwenden lassen, wenn auch vielleicht nicht mit vier, aber doch mit drei Welten, wie ja auch in China selbst die »vierte Welt« der nahezu absoluten Armut zumindest perspektivisch aufgehoben sein würde. Wenn wir weiter oben gesagt haben, die Universalisierung der Konkurrenz, die der Neoliberalismus entfesselt und die Chinas Eintritt in den Weltmarkt verschärft hatte, schlage ins Innere der chinesischen Gesellschaft zurück, so schließe sie nun unterm Druck der durch Chinas Aufstieg bewirkten tektonischen Verschiebung der Weltverhältnisse verstärkt ins Innere der westlichen Gesellschaften zurück. Das Schicksal der Peripherieländer Europas aber würde seinen reicheren Ländern Aspekte ihrer Zukunft zeigen. 1867 schrieb Marx im Vorwort zum *Kapital*: »Sollte jedoch der deutsche Leser pharisäisch die Achseln zucken über die Zustände der englischen Industrie- und Ackerbauarbeiter oder sich optimistisch dabei beruhigen, dass in Deutschland die Sachen noch lange nicht so schlimm stehn, so muss ich ihm zurufen: De te fabula narratur!« (*K I*, 12) Wer heute in Europa die Achseln zuckt über die Zustände der chinesischen oder amerikanischen oder spanischen usw. Industrie- und Ackerbauarbeiter oder sich dabei beruhigt, dass in seinem Land die Sachen noch lange nicht

4 Auf eine Erste Welt mit Peking und Shanghai oder 2,2 Prozent der Gesamtbevölkerung folgt eine Zweite Welt im oberen Segment der mittleren Einkommen, das einige der Küstengebiete und ein Fünftel der Bevölkerung umfasst. Die Dritte Welt in Shandong, dem Nordosten und Teilen Nordchinas im unteren Segment der mittleren Einkommen umfasst ein Viertel der Bevölkerung. Die Vierte Welt aber hat weniger als das Durchschnittseinkommen der am wenigsten entwickelten Erdzonen; sie umfasst die verarmten Zonen von Zentral- und Westchina, einige Gebiete ethnischer Minderheiten, einige ländliche Gebiete und Randgebiete. Diese absolute Armutszone umfasst rund die Hälfte der Bevölkerung des riesigen Landes (Hu 2010). Die Proportionen dürften sich seither nach oben verschoben haben.

so schlimm stehen, dem müssen auch wir jetzt zurufen: Es ist Deine Geschichte! Sie spielt an den Grenzen des Kapitalismus. Und Politik müsste sich ihren Namen zurückverdienen, indem sie diese Geschichte gestaltet, statt sie dem ›natürlichen‹ Selbstlauf zu überlassen. Ohnehin scheinen im Handeln der Regierenden, ob sie es wissen und wollen oder nicht, jene Grenzen auf. Jenseits ihrer holt bereits der subsidiäre Kapitalismus,<sup>5</sup> der sich abzeichnet, wenn aus dem sozialen Konsumfonds Mittel abgezogen und in die Finanzierung von Profitbedingungen gesteckt werden, seine Existenzbedingungen. Diese Grenzen sind dehnbar. Sie sind das, wohin alles tendiert. Der Systemzustand muss nie dort ankommen. Zu diesem Ziel gibt es keinen ökonomischen Selbstlauf. Ihm praktisch entgegenzugehen, verlangt geschichtliches Handeln. Der Selbstlauf der ökonomischen Kategorien des Kapitals eilt von einer Katastrophe zur nächsten, eine schlimmer als die andere.

### Literatur

- Adolph, Wolfram, »Chinas Planwirtschaft als dialektische Aufhebung der sowjetischen«, in: *Das Argument* 286, 52. Jg., 2010, H. 2, 159-69
- Adolph, Wolfram, »Nagelprobe China«, 2012 (in diesem Band)
- Anderson, Perry, »Two Revolutions«, in: *New Left Review* 61, Jan.-Febr. 2010, 7-28
- Arrighi, Giovanni, »Die Weltgeschichte an einem neuen Wendepunkt?«, Interview von Peter Strotmann, in: *Sand im Getriebe* 54, Oktober 2006
- Bassets, Lluís, »La gatomaquia del siglo XXI«, in: *El País*, 18.12.2008, 2f
- Bettelheim, Charles, *Fragen über China nach Mao Tse-Tungs Tod*, Berlin/W 1978
- Bivens, Josh, »Shifting Blame for Manufacturing Job Loss«, Briefing Papers Nr. 149, Economic Policy Institute, 8. April 2004 {www.epinet.org}
- Chang, Leslie T., *Factory Girls. Voices from the Heart of Modern China*, London 2010
- China Radio International, »Deng Xiaoping und Chinas Reform- und Öffnungspolitik«, 11.8.2004
- Cho, Hyekyung, »Chinas langer Marsch in die neoliberale Weltwirtschaft«, in: *ProKla* 141, 35. Jg., 2005, Dez., 601-18
- Cho, Hyekyung, »Die USA – ein unbequemer Patron für Chinas Wirtschaftswunder«, in: *Das Argument* 268, 48. Jg., 2006, H. 5/6, *Großer Widerspruch China*, 40-51
- de la Dehesa, Guillermo, »Felicidad e ingresos«, in: *El País*, 19.1.2007, 15
- Dieckmann, Sophie, »Renaissance des Klanwesens im ländlichen Raum«, 2012 (im vorliegenden Band)
- Edwards, Jorge, »El árbol de la vida«, in: *El País*, 4.1.2012, 27
- Fehr, Benedikt, »Der Weg in die Krise«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.3.2008, 11
- Ferguson, Niall, u. Moritz Schularick, »›Chimerica‹ and the Global Asset Market Boom«, in: *International Finance*, 10. Jg., H. 3, 2007, 215–39
- Frank, Andre Gunder, *Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Orientierung im Weltsystem*,

---

5 Die »Bankenrettung« bot das Schauspiel eines subsidiären Finanzkapitalismus, dessen führende Großbanken mitten in der Krise gewaltige Gewinne machten und ihre Obermanager mit riesigen Tributen bedachten.



- Wien 2005 (vgl. die Besprechung des Verfassers in *Das Argument* 268/2006, 304f)
- Fritz, Thomas, »Global verfasst. Die WTO garantiert den Bestand des hierarchischen Weltsystems«, in: *iz3w*, Nov./Dez. 2005, 20-23
- Gaßmann, Heiner, »Demontage des Wohlfahrtsstaats in den USA?«, in: *Das Argument* 134, 24. Jg., 1982, 513-23
- Gärtner, Markus, »Sinkende Löhne. USA werden zum China des Westens«, in: *Manager-Magazin*, 28.12.2011 {[www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,805363,00.html](http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,805363,00.html)}
- Gransow, Bettina, »Umsiedlerinnen. Warum Verarmungsrisiken bei unfreiwilliger Migration für Frauen (noch) größer sind als für Männer«, in: *Das Argument* 268, 48. Jg., 2006, H. 5/6, *Großer Widerspruch China*, 129-40
- Harvey, David, »Why the U.S. Stimulus Package is Bound to Fail«, in: *The Bullet. A Socialist Project e-bulletin*, Nr. 184, 12.2.2009
- Haug, Wolfgang Fritz, »Untergang der deutschen Linksregierung – Aufstieg der Linkspartei«, in: *Das Argument* 262, 47. Jg., 2005, H. 4, 451-58
- Haug, Wolfgang Fritz, *Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«*, Hamburg 2006
- Hong, Tae-Hee, »Ahnenkult, Produktionsweise und Geschlechterverhältnisse im ›Neuen China‹ und in der ›Neuen Ära Chinas‹«, in: *Das Argument* 268, 48. Jg., 2006, H. 5/6, *Großer Widerspruch China*, 122-27
- Hu, Angang, »The Polarization Trend of Regional Income Disparity in China«, in: *Globalview 2010* {[www.globalview.cn](http://www.globalview.cn)}
- Li, Minqi, »Der Aufstieg Chinas und das Zeitalter des Übergangs«, in: *Das Argument* 268, 48. Jg., 2006, H. 5/6, 105-12
- Liedman, Sven-Eric, »Neoliberalismus und Neokonservatismus«, in: *Das Argument* 134, 24. Jg., 1982, 495-503
- Marx, Karl, *Das Kapital*, Buch I, MEW 23 (zit. *K I*), Buch II, MEW 25 (zit. *K II*)
- Meyerson, Gregory, u. Michael Joseph Roberto, »Obama's New New Deal and the Irreversible Crisis«, in: *Socialism and Democracy*, 23. Jg., Juli 2009, H. 2, 55-69
- Pringle, Tim, »Chine: Les grèves chez le constructeur Honda sont le résultat d'un long processus«, in: *L'Humanité*, 14.10.2011 {[www.humanite.fr/monde/chine-les-greves-chez-le-constructeur-honda-sont-le-resultat-d%E2%80%99un-long-processus-481566](http://www.humanite.fr/monde/chine-les-greves-chez-le-constructeur-honda-sont-le-resultat-d%E2%80%99un-long-processus-481566)}
- Sachs, Jeffrey, Interview (mit Claudi Pérez), in: *El País*, 4.1.2009, 7
- Sirkin, Harold L., Michael Zinser u. Douglas Hohner, *Made in America, Again*, The Boston Consulting Group, August 2011 {[www.bcg.com/documents/file84471.pdf](http://www.bcg.com/documents/file84471.pdf)}
- Spakowski, Nicola, »Die Welt besteht nicht nur aus einem Dorf – Feminismus in China zwischen westlicher Dominanz und chinesischer Selbstbestimmung«, in: *Das Argument* 268, 48. Jg., 2006, H. 5/6, *Großer Widerspruch China*, 151-62 –
- Wichterich, Christa, »Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus«, in: *Das Argument* 268, 48. Jg., 2006, H. 5/6, *Großer Widerspruch China*, 143-50
- Wolf, Winfried, »Die Hegemoniekrise«, in: *junge Welt*, 19.10.2009, 10 {<http://www.meinpolitikblog.de/die-hegemoniekrise>}
- Xing, Yuqing, »China's High-Tech Exports: Myth and Reality«, in: EAI-Background Brief, Nr. 506, Februar 2010 {[www.eai.nus.edu.sg/BB506.pdf](http://www.eai.nus.edu.sg/BB506.pdf)}
- Zinn, Karl Georg, *Die Keynesische Alternative*. Beiträge zur Keynesischen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik, Hamburg 2008